

## Was eine Volkspartei auszeichnet

Wir haben gegenwärtig folgende Situation bei der Verteilung der prognostizierten Wählerstimmen in Deutschland: Umfrage INSA, bislang immer sehr nah am Ergebnis, Stand: 17.04.2018: CDU 31,5%, SPD 18,5%, Grüne 11,5%, FDP 9%, Linke 11%, AfD 15%.

Jede Partei nimmt für sich in Anspruch, zu allen Themen eine Meinung oder sogar ein Konzept zu haben. Und jede Partei reklamiert für sich, alle Wähler anzusprechen. Vordergründig mag das stimmen, in Wahrheit aber nicht. Grüne, Linke, FDP und Rechte sind im klassischen Sinne Klientelparteien. Tatsächlich richten sie ihre Programme vornehmlich auf die Gruppen aus, die ihnen nahestehen. Dankbar nehmen sie jedoch jeden Wechselwähler gern auf, ungern, was auch geschieht, geben sie dann und wann auch welche ab. Wir haben also knapp 50 Prozent Parteien mit speziellen Angeboten an spezielle Interessenten.

Eine Volkspartei zeichnet jedoch andere Qualitäten aus. Eine Volkspartei richtet sich mit einem allumfassenden Programm an die Menschen im Lande, hat also alle Schichten der Bevölkerung im Blick, und auch alle Themen. Ich rede jetzt mal nicht von der Union, sondern teile sie auf. Die CSU ist wie die anderen erwähnten, eine Klientel- und dazu noch Regionalpartei, die nur Dank ihrer Verbundenheit mit der CDU auf der bundespolitischen Bühne mitspielen darf.

Es gibt also nur zwei Volksparteien, die CDU und die SPD. Nicht die prozentuale Größe macht eine Volkspartei aus, sondern ihre Inhalte. Beide befinden sich in der Mitte der Gesellschaft, die einen etwas weiter links, die anderen gegenüber. Unter Angela Merkel, die Martin Schulz völlig zu Recht einen „Ideenstaubsauger“ nannte, ist die CDU sozialdemokratisiert worden. Immer, wenn es ein sozialdemokratisches Thema gab, das gut ankam, drückte Merkel ihr Logo drauf. Dass sich im Wahlkampf die Menschen bei Merkel für den Mindestlohn bedankten, ist einer der deutlichsten Beweise für diese Behauptung.

Im Wesentlichen ist aber die CDU seit Konrad Adenauer ein Kanzlerwahlverein, den die Macht und nicht die Themen zusammenhält. Merkels Wahlkampf allein mit dem Slogan zu gewinnen „Sie kennen mich!“ ist beeindruckend. In Anlehnung an des vierzehnten Ludwigs „L'état est moi“ ist Merkels Devise „Le programme est moi“. Letztlich kommt beides aufs Gleiche heraus, ob man Staat oder Programm ist.

Nach gut 50 Jahren Politikbeobachtung in Deutschland komme ich zu dem Schluss, dass allein die SPD eine Volkspartei ist.



Während in Potsdam ver.di mit den öffentlichen Arbeitgebern verhandelte und letztlich zu einem ordentlichen Ergebnis kam, traf sich die SPD in der Bundeszentrale der Gewerkschaft. Mit der früheren Radio- und Fernsehmoderatorin Marion Pinkpank (kein Künstlername) hat die SPD jetzt eine schlagfertige Diskussionsleiterin, die sich nicht scheut, ihren Chef auf offener Bühne auch mal etwas anzufrotzeln. Frau Pinkpank ist seit kurzem persönliche Referentin des Regierenden Bürgermeisters Michael Müller.

In seiner Eigenschaft als SPD-Landesvorsitzender diskutierte Michael Müller mit dem Juso-Bundesvorsitzenden Kevin Kühnert zum Thema „Die SPD in der großen Koalition: Wie gelingt die Neuausrichtung?“ Ein Streitgespräch war es nicht, Müller und Kühnert befinden sich in vielen Fragen auf der selben Wellenlänge. Während Müller mit seinem solidarischen Grundeinkommen erst einmal etwas für die 800.000 Langzeitarbeitslosen tun will, geht Kühnert einen Schritt weiter. Er will ALG II, auch als Hartz IV bekannt, am liebsten abschaffen. Abschaffen sollte die Partei zuvor ihren Generalsekretär Lars Klingbeil, der in einem Tagesspiegel-Interview sagte: „Die Agenda-2010-Debatte langweilt mich“. Wer so mit einem Thema umgeht, von dem sechs Millionen Menschen existenziell betroffen sind, hat in der SPD nichts zu suchen. Müller und Kühnert forderten zwar nicht den Rücktritt von Klingbeil, kritisierten ihn aber heftig.

Die SPD ist bemüht, ihre Mitglieder bei der Erneuerungsdebatte mitzunehmen. Debattencamps und Impulsveranstaltungen sind neue Namen für schon so häufig ausprobierte Konzepte. Es muss der SPD gelingen, die Menschen davon zu überzeugen, dass es Fortschritt nur mit ihr geben kann und nicht mit einer erstarrten, rückwärtsgewandten CDU mit einer Endzeit-Kanzlerin, und erst recht nicht mit Klientelparteien. Das kann gelingen. Mit Nahles vielleicht, mit Scholz nicht, auf jeden Fall aber mit Kevin Kühnert.

**Ed Koch**